Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/7.	Samstag, 19. Juni 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	25. Folge

Inhalt der Nummer:

Was soll werden?
Generaldirektor Vögler über ein „Kabinett des Wiederaufbaues".
Das Wesen der Scheidemannschen Politik.
Der Uebergang Scheidemanns zu den Unabhängigen.
Nach der Wahl.
Schlußübersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahl
Von der Reichstagswahl.
Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.
Die Wiedergeburt des nationalen Liberalismus.
Die Nationalliberalen waren für das Frauenstimmrecht.
Wer ist der Feind der Frau?
Die „Schuld der Frauen".
Polnischer Machthunger und deutsche Schwäche.
Aus Welt und Zeit.

Was soll werden?

Von Hermann Klingspor.

Fast zwei Wochen sind vergangen seit dem 6 Juni, der berufen war, aus den Wahlen einen arbeitsfähigen Reichstag hervorgehen zu lassen. Ueber die dahingegangene Koalitionsregierung hat das deutsche Volk an diesem Tage sein Urteil gesprochen, indem es mit seiner Stimmabgabe die diese Regierung tragenden Parteien von einer starken ²/₃ Mehrheit in der Nationalversammlung jäh nabgestürzt hat auf eine Minderheit von 222 Sitzen von insgesamt 460 im neuen Reichstag. Ein Urteil, das fraglos noch vernichtender ausgefallen wäre, wenn die Abstimmungsgebiet mitgewählt hätten, oder wenn die Wahl gar noch einige Monate später erfolgt wäre, und unser Volk in weitesten Kreisen erst einmal die Folgen der Unfähigkeit und Unzulänglichkeit dieser Parteiregierung am eignen Leib, z. B. bei der Verteilung der Steuerlasten, zu verspüren Gelegenheit gehabt hätte.

Die Mehrheitssozialdemokratie kennte so noch einmal als die stärkste Partei aus der Wahl hervorgehen, und ihr erwuchs damit bei der Zersplitterung unseres Parteiwesens die verantwortungsvolle Aufgabe, die Regierungsbildung in die Hand zu nehmen. Schon im Wahlkampf hatten einige Führer sich zu der höchst unstaatsmännischen Aeußerung hinreißen lassen, man werde mit bestimmten Parteien nicht zusammen in eine Regierung eintreten. Und am 13. Juni hat nunmehr Parteiausschuß und Reichstagsfraktion endgültig beschlossen, nicht in eine Koalitionsregierung in der früheren Zusammensetzung, auch nicht in eine nach rechts erweiterte, einzutreten. Der frühere Reichskanzler Müller führte zur Begründung dafür an, daß die Sozialdemokratie beim Verbleiben sich parteipolitisch zu sehr schädige, wenn sie auch durch ihren Austritt mancherlei Vorteile für die Arbeiterschaft aufgebe! Damit hat die Angst vor dem Wettbewerb der Unabhängigen, der Parteiegoismus, das ehrsüchtige Streben einzelner Parteihäuptlinge, die die Massen an sich fesseln wollen, den Sieg davon getragen, über staatsmännisches Verantwortungsgefühl über die Interessen von Volk und Vaterland und über die Achtung vor dem Volkswillen. Diese Abkehr von dem wahren Gedanken der Demokratie bedeutet zugleich die für unsere innerpolitische Entwicklung verhängnisvolle Rückkehr der Partei, die noch einmal die größten Massen unserer Arbeiterschaft um ihre Fahnen scharen konnte, zu unfruchtbarem Beiseitestehen wie in früheren Jahren. Diesmal aber hat die Sozialdemokratie sich selbst ausgeschaltet und wird die Folgen dieses nur aus Parteiegoismus eingegebenen Schrittes, bar jeden Verantwortungsgefühls, zu tragen haben.

Gleichzeitig ist aber auch mit dieser Selbstausschaltung der stärksten Partei der ohnehin bei unserer Parteizerklüftung schwer zu verwirklichende Gedanke des reinen Parlamentarismus auf das schwerste getroffen. Schon hat infolge des Beschlusses der Mehrheitssozialdemokratie der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei den an ihn ergangenen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts in die Hände des Reichspräsidenten Ebert zurückgelegt, weil ihm eine Regierungsbildung ohne Mitwirkung der Mehrheitssozialdemokraten undurchführbar erscheinen mußte. Ob darnach die ähnlichen Bemühungen des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Dr. Trimborn, größeren Erfolg haben werden, darf zweifelhaft erscheinen.

So scheint also der in unserer jungen Demokratie als Ausdruck des Volkswillens gewählte erste Reichstag wegen unserer traurigen Parteizerrissenheit und des mangelnden Verantwortlichkeitsgefühls einzelner Erwählter nicht imstande zu sein, eine zur Bildung einer Regierung genügend tragfähige Mehrheit zusammen zu bringen; ein Ereignis, über das sich jeder Wähler seine eigenen Gedanken machen mag!

Es gilt daher, wenn nicht Staat und Volk Schaden nehmen sollen, nach anderen Möglichkeiten für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung Ausschau zu halten, die so lange die Zügel in die Hand nehmen müßte, bis das deutsche Volk erwacht und gesundet, sich von dieser unseligen Parteizerklüftung frei macht und verantwortungslosen Parteifanatikern und politischen Dilettanten endgültig den Laufpaß gibt.

Wer aber die geistigen Strömungen der letzten Jahres innerhalb der jungen Deutschen Volkspartei aufmerksam verfolgt hat, der wird sich nicht wundern, daß aus deren Reihen heraus ein Weg gewiesen wird, der vielleicht die Lösung aus dem kläglichen und uns vor dem Ausland beschämenden Wirrwarr bringen wird. Es ist der Abgeordnete Dr. Vögler, der unsere für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bestimmten Gedanken der Arbeitsgemeinschaft hier ausnahmsweise einmal auf das parlamentarische Gebiet zu übertragen vorschlägt. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen! Dieser Vorschlag geht dahin: Die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der wirtschaftlichen Gütererzeugung in Handel, Handwerk, Industrie, Land- und Forstwirtschaft möchten Männer ihres Vertrauens abordnen, denen sich eine entsprechende Anzahl der freien Berufe usw. beigesellen sollen, um aus ihnen ein Uebergangs- oder Wirtschaftsministerium der tüchtigsten Volksgenossen zu bilden. Es würde damit aus der bisher noch nicht geschaffenen, von uns geforderten Kammer der Arbeit gewissermaßen eine Auslese der Besten getroffen, zur Führung unserer Staatsgeschäfte. Die Fühlung mit den politischen Parteien des Reichstags könnte hergestellt werden durch parlamentarische Unterstaatssekretäre. Mit der Auswahl dieses Ministeriums des Aufbaus hätte sich der von dem Reichspräsidenten auf Grund der Verfassung vorurteilsfrei und ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu berufende Ministerpräsident zu befassen. Er wäre dabei nicht angewiesen auf die Ministerkandidaten, die die einzelnen Parteien in Verkennung des wahren Parlamentarismus lediglich nach ihrer Stärke und sehr häufig ohne die nötige persönliche Eignung ihm präsentieren.

Ein derart von den schlimmsten Schlacken der Parteiwirtschaft losgelöstes und nur unter dem sachlichen Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit gebildetes Kabinett wird aber bei seinen sachlichen Maßnahmen auch im Reichstag sich seine Mehrheit schaffen können, die bei den einzelnen Fragen sich ja verschieden zusammensetzen kann. Die Par-

tei, die sich der Verantwortung der Mitarbeit entzöge, und Opposition nur um der Opposition willen und aus reinem Parteiegoismus triebe, würde sich an der Gesundung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse versündigen und bei der nächsten Wahl für diesen Frevel an unserem Volk von der Wählerschaft zweifellos die verdiente Quittung erhalten. Endlich würde ein auf diesem Wege einer festen Mehrheit nicht mit Haut und Haaren verschriebener Ministerpräsident endlich einmal wieder in die Lage versetzt werden, wirklich zu führen. Und Führung nach innen und nach außen haben wir wahrlich bitter nötig. Sachkundige und verantwortungsbewußte Männer müssen uns herausführen aus der Wirtschaftskrise, aus Defizit-, Papiergeld- und Zwangswirtschaft, aus dem Durcheinander unseres Steuersystems, der Ueberspannung des Verwaltungsbegriffs, den Gefahren von Spa zu zweckmäßiger, unbeeinflußter Wirklichkeitspolitik.

Sind dazu unsere engherzigen und engstirnigen Parteipolitiker, die immer nur ihr Hirn anstrengen, wie sie kleinliche Vorteile für ihren Parteikram herausschlagen können, ohne aufs Ganze zu sehen, nicht imstande, so muß ein anderer Weg gesucht werden. Der kann sein die sinngemäße Uebertragung des zunächst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gefundenen Gedankens der Arbeitsgemeinschaft auf die Regierungsbildung.

Mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Weiterbildung zu einer wahren Volksgemeinschaft auch weitere Kreise näher vertraut zu machen, soll in einer Reihe späterer Aufsätze versucht werden.

Heute aber gilt die ernste Mahnung allen entscheidenden Stellen und Personen in Berlin:

„Seid Euch Eurer schweren Verantwortung bewußt, und handelt fürs Ganze!"

Dem einzelnen Staatsbürger jedoch: „Merk auf das, was geschieht; denn du sollst einstmals darüber Richter sein!"

Generaldirektor Dr. Vögler über ein „Kabinett des Wiederaufbaues".

Ein Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag" hat auf Grund des aufgeworfenen Problems, anstatt eines rein politisch-parlamentarischen Ministeriums ein Wirtschaftskabinett aus Fachleuten zu bilden, den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, Generaldirektor Dr. Vögler, als eine der Führerpersönlichkeiten im deutschen Wirtschaftsleben, um seine Meinung darüber befragt. Generaldirektor Dr. Vögler machte darauf folgende Mitteilungen:

„Die Vorschläge, die bisher für die Bildung des neuen Kabinetts gemacht worden sind, verraten die abstumpfenden Einflüsse der reinen Parteipolitik. Koalitionsrechnungen werden nach allen Permutationen aufgestellt und nur diejenigen ausgewählt, die taktisch für den Bestand der Partei am günstigsten zu sein scheinen. Dadurch ist eine völlige Verwahrlosung des parlamentarischen Systems eingetreten.

Nicht darüber, daß wir in den nächsten Wochen die schwerwiegendsten Verhandlungen mit unseren Gegnern in Spa zu führen haben werden, Verhandlungen, von deren Ausgang alle Volksgenossen in gleicher Weise abhängig sind,

nicht darüber, daß die Wirtschaftskrise, die zahlreiche Betriebe, Industriegruppen und deren Arbeiterschaft stillzulegen droht, durch eine Steigerung und Verbilligung der Urproduktion überwunden werden muß,

nicht darüber, daß die Defizitwirtschaft, bei den Eisenbahnen monatlich zwei bis vier Millionen Mark, sobald als möglich durch eine Reorganisation unseres Verkehrswesens beseitigt werden muß,

nicht darüber, daß eine Vereinfachung der Verwaltung und schleunigste Auflösung der Kriegsgesellschaften schon aus Gründen der Sparsamkeit dringend durchgeführt werden müßte,

nicht darüber, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft eingeleitet werden muß, der die Produktionsfreudigkeit hebt und den kostspieligen Apparat der Verteilungs-Bürokratie auflöst,

nicht darüber, daß die Notenpresse stillgelegt werden muß, wenn wir uns nicht jede finanzielle Gesundung selbst unmöglich machen wollen,

nicht darüber, daß das Steuersystem vereinfacht werden muß, schon damit es überhaupt von der Steuerverwaltung durchgeführt werden kann,

nicht darüber, daß zur gründlicheren, vorurteilsfreien Behandlung dieser dringenden wirtschaftlichen Maßnahmen ein organisiertes Zusammenarbeiten aller werktätigen Berufsstände nötig ist,

nein, darüber hat man sich nicht den Kopf zerbrochen. Die schwierigen Ueberlegungen der Parteimathematiker gehen dahin, ob die Partei bei der jetzigen Konstellation günstig abschneidet. Ein peinlicher Anblick für jeden Wähler!

Dieser Verwirrung muß man entgegentreten. Der Weg ist vorgezeichnet. Vor der Sicherung unseres wirtschaftlichen Daseins, vor der Sorge für den Wiederaufbau müssen alle anderen Zukunftsforderungen zurückgestellt werden. Dementsprechend ist die Forderung der Zeit nicht ein koalliertes Parteiministerium, sondern ein Kabinett des Wiederaufbaus, dessen Mitarbeiter auch das Vertrauen der Wirtschaftsorganisationen haben.

Der Reichspräsident hat die ihm von der Verfassung übertragene Aufgabe, einen neuen Mann mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Es handelt sich jetzt darum, daß bei der Auswahl dieses Mannes vorurteilsfrei verfahren wird. Seine Mitarbeiter müssen die sachliche Eignung zum Wiederaufbau, zur wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands, besitzen. Der verhängnisvolle Unfug, daß die Parteien dem Ministerpräsidenten ihren Ministerkandidaten präsentieren, muß verschwinden. Gerade in der jetzigen Lage ist eine solche engstirnige Parteiherrschaft völlig unmöglich. Der Ministerpräsident muß seine Mitarbeiter selbst auswählen und in der heutigen Lage Wert darauf legen, Fachmänner um sich zu haben. Ein solches Ministerium wird eine Mehrheit im Parlament finden. Diese Mehrheiten können wechseln, obwohl bei den praktischen Vorschlägen für den Wiederaufbau ein sachlicher Zwang vorliegt, dem sich keine Partei ungestraft entziehen darf. Die Partei, die gegen das Wiederaufbau-Kabinett in kurzsichtiger Opposition stände, triebe Obstruktion gegen die Gesundung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Ein solcher von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre endlich wieder in der Lage, zu führen. Da könnten auch Oppositionsparteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und zustimmen. Die Opposition wäre nicht mehr, wie bisher, in einen dauernden Gegensatz hineingezwungen, und: dem Volke wäre geholfen! Jedermann weiß, wir brauchen die Arbeiterschaft, wir brauchen die Landwirtschaft, wir brauchen die Intelligenz der Industrie, Handel, Gewerbe und Beamtenschaft. Also macht ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und Fachmännern, ein Ministerium des Wiederaufbaus! Das wird das Volk begreifen und gutheißen."

Das Wesen der Scheidemannschen Politik.

Von Emil Kloth,

ehem. soz. Stadtverordneter in Neukölln.

Die Wahl vom 6. Juni war ein Votum gegen die Scheidemannsche Politik. Diese hatte nicht eine, sondern immer zwei Richtlinien, die konträr liefen. Scheidemann vertrat während des Krieges die Politik des 4. August und er liebäugelte zugleich mit den Liebknecht, Rosa Luxemburg und tutti quanti, für die der Vaterlandsbegriff nur ein fahler Schemen, dagegen die rote Internationale alles war. Er schrieb im Frühjahr 1915 für das „Hamburger Echo" einen Aufsatz: „Warum wir durchhalten müssen", der in Massenauflage auch als Flugblatt verbreitet wurde, und in der er dringend vor der Wiederholung von Friedensangeboten an unsere Feinde warnte, „weil sie nur das Gegenteil des Gewollten erreichten, da sie auf der feindlichen Seite nur die Ueberzeugung bestärkten: Deutschland kann nicht mehr, es ist am Ende seiner Kraft. Nur noch eine äußerste Kraftanstrengung der Verbündeten und die deutsche Barbarei ist vernichtet. Diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, mußten ihr Leben dafür opfern. Das will aber niemand bei uns. Deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig: wir müssen durchhalten!"

Dieser besseren Erkenntnis und aller politischen Logik zuwider war es derselbe Scheidemann, der im Banne internationaler Illusionen befangen, ungezählten unangebrachten Friedensschritten seiner Partei die Wege bereitet, der grundverkehrten Erzbergerschen Friedensresolution vom Juli 1917 zugestimmt und damit der feindlichen Hoffnung auf den Niederbruch Deutschlands immer neue Nahrung zugeführt hat. Was wunder, wenn wir da den „Scheidemann-Frieden" bekommen haben, der ob solcher Torheit und Zwiespältigkeit von Einsichtigen vorausgesehen wurde und vor dem es seinem intellektuellen Schöpfer selbst graute. „Die Hand muß verdorren, die diesen Friedensvertrag unterschreibt."

Als dann der Zusammenbruch unserer Verbündeten erfolgte und zusammen mit der zermürbenden Unterminierung der Unabhängigen den Niederbruch Deutschlands in drohende Nähe rückte, da richtete die deutsche Regierung einen Aufruf an das Volk — siehe „Vorwärts" vom 5. November 1918 —, der die „Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate zurückstehen soll", ankündigte. Um das zu vollbringen, wurde an das Volk appelliert: „Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst . . . Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß des Friedens auf das schwerste gefährden." Unterschrieben war der Aufruf u. a. mit von den sozialdemokratischen Ministern Bauer und Scheidemann.

Und vier Tage später rief der nämliche Scheidemann von der Rampe des Reichstages die Republik aus! Löste damit alle Bande der Ordnung, der Disziplin und der öffentlichen Sicherheit angesichts der vielen an unseren Grenzen stehenden racheschnaubenden und eroberungssüchtigen Feinde!

Die Arbeiter- und Soldatenherrschaft begann. Die Berliner Straße setzte sechs sogenannte Volksbeauftragte als Reichsregierung ein. Mitten unter ihnen Philipp Scheidemann. Von dem Sechsgespann zog die eine Hälfte den verfahrenen Karren nach links, die andere nach rechts; er geriet dabei natürlich immer tiefer in den Dreck. „Ich warte keine acht Tage mehr, dann trete ich aus der Regierung aus," sagte Scheidemann vor seinen Anhängern schon Anfang Dezember 1918, als er die Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens mit den Unabhängigen einsehen. Aber lange hielt auch in diesem Falle die bessere Erkenntnis nicht an, dann trat wieder die Gegenlinie der Scheidemannschen Politik in Erscheinung, und es hieß mit der schönen Unentwegtheit, die ihm eigen ist: „Der Feind steht rechts!" Trotz des Bündnisses mit den Rechtsparteien, dem Zentrum und der Demokratie, trotz der Fußtritte der Unabhängigen.

Eine Drehbühnenpolitik, die sich immer unschlüssig darüber ist, mit welchem Bilde man die

Gunst des hochverehrten Publikums am besten gewinnen und die unabhängige Konkurrenz am leichtesten aus dem Felde schlagen kann. Vergebliches Beginnen. Keine Spur von fester Haltung in wildbewegten Zeiten. Und da zerbrechen sich die Gelehrten der Scheidemannpartei den Kopf, weshalb ihre Anhänger scharenweise besonders nach links abwandern. Und doch so leicht erklärlich: „Wenn schon, denn schon," sagen sich die schlecht geführten Massen, „rutschen die sozialdemokratischen Politiker doch letzten Endes immer die schiefe Bahn hinunter, auf welcher die Unabhängigen vorangegangen sind, dann brauchen wir nicht erst den Umweg über die Sozialdemokratie zu gehen, dann lieber geradewegs hinein ins unabhängige Lager," zumal es Scheidemann liebt, von Zeit zu Zeit mit der Revolution zu drohen, ganz nach unabhängigem Muster.

Scheidemann könnte ein Staatsmann sein, wenn er wollte. Der Einblick in die Verhältnisse fehlt ihm nicht. Auch ist er sich des rechten Weges, nicht nur aus dunklem Drange, sondern aus klarer Erkenntnis, oftmals wohl bewußt. Doch dann kriegt der kurzsichtige, auf Konjunktur, Stimmung und Massengunst spekulierende Parteimann den Staatsmann unter; er hüpft von der einen Linie auf die entgegengesetzt laufende Linie über, prägt eine seiner politischen Formeln, die aber nicht im geringsten einen Ariadnefaden spinnen, der aus dem Labyrinth der Gegenwart herausführt.

Das Volk hat seine Stimme am 6. Juni auch gegen die verkehrte Politik Scheidemanns erhoben. Das ist nun einmal eine Tatsache, mit der ein demokratischer Politiker, der doch Scheidemann sein will, sich abfinden muß. Dem Parteimanne vermag man es nachzusehen, wenn er über die Stimme des Volkes verärgert ist und sich eigensinnig in den Schmollwinkel stellen will, aber von einem Staatsmanne muß man gebieterisch verlangen, den Staatsnotwendigkeiten Rechnung zu tragen und sich nicht politischen Kombinationen zu verschließen, in die wohl oder übel auch die schöpferischen Kräfte gegnerischer Parteien zum Wiederaufbau Deutschlands mit einbezogen werden müssen. Der Ruf: „Der Feind steht rechts!" ist immer noch das Feldgeschrei der Sozialdemokratie. Bei der großen französischen Revolution richtete sich der heilige Zorn aller Republikaner gegen den äußeren Feind, der ins Land eingedrungen war. Denn keine innere Freiheit ohne äußere Unabhängigkeit. Carnot wurde der gefeierte Organisator der Siege. Ganz anders in der deutschen Republik: die Sozialisten sehen nur den „inneren Feind", der „rechts steht", und Scheidemann ist der Organisator der Niederlagen nach außen und innen.

Der Uebergang Scheidemanns zu den Unabhängigen.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz, die am Sonntag in Berlin stattfand, ist der Parole des Herrn Scheidemann gefolgt: Austritt aus der bürgerlichen Koalition und Uebertritt in die Opposition. Die sozialdemokratische Partei hat demnach die Probe auf ihre Charakterfestigkeit nicht bestanden. Die Unabhängigen haben wahrlich alles getan, um ihr Ziel klar und deutlich erkennen zu lassen. Ein von ihnen vorbereitetes Flugblatt, das einen neuen Generalstreik ankündigt und die Arbeiter zu den Waffen ruft, hätte nach dem Absagebrief des Herrn Crispien auch noch die letzten Zweifel beseitigen müssen. Die Unabhängigen gehen mit klarem Kurs darauf aus, die Herrschaft der Arbeiterklasse aufzurichten, und sie scheuen dabei weder die Aufrichtung einer Minderheitsdiktatur noch die Anwendung von Waffengewalt. Auch Herr Scheidemann konnte nach diesen unzweideutigen Kundgebungen nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß dem demokratischen Verfassungswerk, das in Weimar geschaffen worden ist, die allerernsteste Gefahr von links droht, und daß seine Partei in allererster Linie mit berufen ist, die Verfassung zu schützen. Alle diese Erwägungen aber sind offenbar an Herrn Scheidemann und seiner Gefolgschaft spurlos vorübergegangen, denn die sozialdemokratische Parteikonferenz hat am Sonntag so ziemlich jede Regierungsbildung abgelehnt und die Abschwenkung zur Oppositionsgemeinschaft mit den Unabhängigen vollzogen.

Wenn Herr Löbe, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar, von den papiernen Hindernissen der Verfassung sprach, an die sich die Entwickelung nicht kehren werde, so scheint die sozialdemokratische Partei jetzt entschlossen zu sein, ein Bekenntnis der Tat zu diesen Worten ihres Führers abzulegen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei des Herrn Scheidemann sich den Unabhängigen nicht etwa angeschlossen, sondern unterworfen hat. In der Opposition wird bald die schärfste Tonart siegen und damit die letzte Schranke zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen beseitigt sein. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen treiben damit offen dem Konflikt zu. Der bisherige Reichskanzler, Herr Müller, hat auf der Konferenz am Sonntag an die sozialdemokratischen Beamten in der Regierung und in der Verwaltung den Appell gerichtet, auf dem Posten zu bleiben und nur der Gewalt zu weichen. Auch hier heißt also die Parole: Kampf. Dieses ganze Verhalten, das sich gegen das Ergebnis der Reichstagswahlen zu stemmen versucht, ist nicht nur undemokratisch, sondern auch im höchsten Grade gewissenlos. Die sozialdemokratische Partei wird sich auch auf diese Weise dem Machthunger der Unabhängigen nicht entziehen, sondern ihre Anhänger erst recht an die „Bruderpartei" verlieren. Sie wird außerdem die Verantwortung zu tragen haben, wenn der Wiederaufbau Deutschlands unter erneuten Konfliktsgefahren durchgesetzt werden muß.

Nach der Wahl.

Von Emma Stropp.

Mit berechtigter Befriedigung können auch wir Frauen auf die Ergebnisse des heißen Wahlkampfes blicken, der, nunmehr abgeschlossen, unserer Partei einen so starken Zuwachs an Reichstagsvertretern brachte. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen liegen die Endergebnisse der Wahlberechnung noch nicht vor. Was die weiblichen Kandidaten betrifft, so steht bis jetzt fest, daß außer Frau Mende, deren Platz auf der Reichswahlliste ja absolut sicher ist, nunmehr auch Frau von Oheimb, Goslar, die zweite Vorsitzende unseres Reichsfrauenausschusses, für Magdeburg, Schuldirektorin Dr. Elsa Matz für Pommern der Fraktion unserer Partei angehören werden. Hoffen wir, daß auch die zwei oder drei Frauen, deren Wahl noch nicht sicher ist, sich ihnen zugesellen werden, so daß die weibliche Wählerschaft die Genugtuung haben wird, durch eine, wenn auch nicht ausreichende, so doch nicht ganz unwesentliche Zahl von Abgeordnetinnen im Reichsparlament vertreten zu sein.

Mit der gleichen Befriedigung können die Frauen unserer Partei aber auch auf ihre Wahlarbeit zurückblicken. Ihrer selbstlosen Hingabe, ihrer unermüdlichen Werbetätigkeit, ihrer aufopfernden Mitarbeit in den Geschäftsstellen und Wahlbüros — von den umsichtigen und anfeuernden Vorsitzenden der Frauenausschüsse bis zu den jungen Helferinnen, die in strömendem Regen vor den Wahllokalen unermüdlich die Stimmzettel verteilten —, ist ein wesentlicher Teil des Erfolges zu danken, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Zahl der weiblichen Wähler die der Männer, gerade in unserer Partei besonders, übersteigt, so daß diese die Stützen der Wahlhoffnung und des Wahlerfolges waren und wurden.

Mit besonderem Dank muß aber auch der Kandidatinnen und der Wahlrednerinnen gedacht werden, die in zahllosen, oft heiß bewegten Versammlungen die Ziele unserer Partei darlegten und ihr damit viele Tausende von Mitgliedern und Parteifreunden zuführten. Was mit diesen Wahlvorträgen an körperlicher und geistiger Anstrengung verbunden, welche Beschwerden die Wahlreisen, die zum Beispiel Frau Mende durch das ganze Reich führten, unter den jetzigen Verkehrsmißständen mit sich brachten, soll hier nur gestreift werden, darf aber auch nicht unerwähnt bleiben bei der Feststellung, daß der große Wahlerfolg der Deutschen Volkspartei zum großen Teil der hingebenden Mitarbeit der Frauen zuzuschreiben ist. Sollte „weibliche Bescheidenheit" uns verhindern, diese Tatsache auszusprechen? Die Meinungen darüber mögen auseinander gehen, Weite Frauenkreise sind jedoch der Ansicht, daß die Stellung der Frauen innerhalb der Partei noch nicht so gefestigt ist, als daß wir darauf verzichten könnten, den der verantwortlichen politischen Mitarbeit der Frauen noch widerstrebend gegenüber stehenden Stellen, unter ihnen manchen Parlamentarier, das Gedächtnis dafür lebendig zu erhalten, daß eben diese, so ganz gering geschätzte Mitwirkung am politischen Leben die weite Verbreitung der deutsch-volksparteilichen Ziele ermöglichte und die Wahlarbeit der Frauen Kandidaten „durchbrachte", die ohne sie wahrscheinlich nicht die genügende Stimmenzahl erhalten hätten.

Wir knüpfen daran nicht nur die Hoffnung, sondern auch die begründete Erwartung, daß den neuen Reichstagskandidatinnen vermeidbare Schwierigkeiten ihrer Stellung und unnötige Hemmungen ihrer Arbeit möglichst aus dem Wege geräumt werden. Nicht etwa als Konzession galanter Höflichkeit dem „schwächeren Geschlecht" gegenüber, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung hat diesen Begriff ausgeschaltet beziehungsweise nur auf das Physische begrenzt, für dessen Aufrechterhaltung wir im Salon und auf der — Straßenbahn allerdings dankbar sind, ohne jedoch zu vergessen, daß im Beruf und im politischen Leben allein die persönliche Wertung und die sachlichen Notwendigkeiten die äußeren Formen bestimmen. Die sachliche, in diesem Falle die allgemein- und parteipolitische Notwendigkeit verlangt jetzt aber, daß der Fraueneinfluß in den Parlamenten ein sichtbarerer wird, als es bisher der Fall war, und die Widerstände ausgeschaltet werden, die sich ihm, bis in die jüngste Zeit, entgegenstellten. Die Frauen der Deutschen Volkspartei erwarten, daß unsere Parlamentarier, als Vertreter einer zum großen Teil weiblichen Wählerschaft, auch in dieser Beziehung führend vorangehen werden, und sie sind voll zuversichtlichen Vertrauens, daß sie die Durchsetzung von Frauenforderungen, die in ihre Hände gelegt wurde, wie zum Beispiel die gesetzliche Neuordnung des Familienrechtes, die Gleichstellung der Geschlechter bei Bekämpfung der Unsittlichkeit und der Volksseuchen, die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Leistung", Forderungen, die von einschneidender Wichtigkeit für die Gesamtentwicklung unsers Volkes sind, gemeinsam mit unseren weiblichen Abgeordneten, mit der gleichen Eindringlichkeit und verständnisvollen Hingabe fördern werden, die sie den ihnen gleichzeitig anvertrauten andersartigen, aber gleichwertigen Aufgaben entgegen bringen.

Die Summe dieser Aufgaben ist in dem Worte „Wiederaufbau" zusammengefaßt, das uns im Wahlkampf Leit- und Stichwort war, von dessen voller Bedeutung und moralischen Verpflichtung jedes Parteimitglied durchdrungen ist.

Daß dieser Wiederaufbau sich bei der jetzigen Parteikonstellation unter sehr schwierigen Verhältnissen vollziehen wird, bedarf keiner weiteren Begründung. Vor allem gilt es aber jetzt, die durch die frühere Regierung erschütterte Staatsautorität wieder aufzurichten, als unerläßliche Vorbedingung, um Gesetzesachtung, Sitte und Moral und Ordnung in Deutschland wieder zur Geltung zu bringen. Des weiteren muß die Besetzung der Ministerien und der sonstigen leitenden Stellen unseres Staatswesens unter dem Gesichtspunkte erfolgen, daß nur die besten Köpfe, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und ihrem bisherigen Wirkungskreise, von Geburt und Stellung, an diese hochverantwortlichen Plätze berufen werden. Wir erwarten dabei auch, daß Frauen als sachverständige Referentinnen und Abteilungsleiterinnen auf Arbeitsplätze gelangen, an denen sie ihre Erfahrung und ihre Kenntnisse dem Staate in verantwortlicher Form dienstbar machen können. Durch die Ernennung von Dr. Gertrud Bäumer als Ministerialrat im Reichsministerium des Innern hat die frühere Regierung damit ja einen Anfang gemacht. Hoffentlich können wir auch bald Frauen aus unse

der Partei in ähnlichen Aemtern begrüßen. Es fehlt an ihnen nicht, man muß sie nur zu finden und zu gewinnen wissen. Denn Schulter an Schulter, wie bei der Wahl, wollen die Frauen mit den Männern am Wiederaufbau unseres in seiner schmachvollen Erniedrigung doppelt heiß geliebten Vaterlandes arbeiten, sei es im Parlament, in den Ministerien und Staatsbehörden, oder auch in der so wichtigen Partei- und Vereinsarbeit und im aufreibenden Kleinkampf des täglichen Lebens.

Mut und Zuversicht hat uns der Ausgang dieses Wahlkampfes von neuem gegeben, den heißen Glauben an unsere Sache gestärkt, uns zu weiterer Hingabe entflammt, zu ernster und mühevoller Mitarbeit angespornt. Nicht schreckt uns die Zunahme der linksradikalen Parteien. Wir gedenken des alten hehren Trutzliedes, das tief in jedes wahrhaft deutsch fühlende Herz gegraben ist: Stein auf Stein, oder, wenn sie schwere Lasten nicht zu tragen vermögen, Sandkorn auf Sandkorn werden auch die Frauen schichten, um das in diesem Wahlkampfe gegebene Versprechen einzulösen: zu wirken und zu arbeiten am Wiederaufbau Deutschlands. „Es wird uns doch gelingen!"

Schlußübersicht über die Ergebnisse der Reichstagswahl.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 037 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf

	1920	1919		
die Soz. Partei	5 531 157	11 509 048,	also	— 5 977 891
die U. S. P. D.	4 809 862	2 317 290	„	+ 2 492 572
die Dnatl. Vp.	3 638 851	3 121 479	„	+ 517 372
die Deutsche Vp.	3 456 131	1 345 638	„	+ 2 110 493
das Zentrum	3 500 800	5 980 216	„	— 2 479 416
die Dem. Partei	2 052 509	5 641 825	„	— 3 589 316
die christl.-föderal. Listen Bayr. Vp., Christl. Vp.	1 254 963	—	„	+ 1 254 963
die Kommunist. P.	438 199	—	„	+ 438 199
die Deutsch-Hannov. Partei	318 104	13 545	„	+ 304 559

Auf Grund dieses Stimmenverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichslisten 418 Abgeordnete gewählt worden, und zwar 92 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, 58 des Zentrums, 36 der Demokratischen Partei, 61 der Deutschnationalen Volkspartei, 59 der Deutschen Volkspartei, 80 der U. S. P. D., 2 der Kommunistischen Partei, des Bayrischen Bauernbundes, 5 der Deutschhannoverschen Partei, 21 der christlich-föderalistischen Liste.

Bei der Berechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die christlich-föderalistische Liste entfielen. Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11157 Sozialdemokratische Partei, 20 800 Zentrum, 22 509 Demokratische Partei, 8851 Deutschnationale Volkspartei, 16 131 Deutsche Volkspartei, 9862 U. S. P. D., 15 963 christlich-föderalistische Liste, 18 104 Deutsch-Hannoversche Partei, 318 199 Kommunistische Partei, 87 518 Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land.

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird.

Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokraten	110	1919:	163	— 53
Zentrum	67	„	91	— 24
Demokraten	45	„	75	— 30
Christl.-föderalist. Partei	21	„	—	+ 21
Deutschnationale Vp.	65	„	44	+ 21
Deutsche Volkspartei	61	„	20	+ 41
U. S. P. D.	80	„	22	+ 58
Kommunisten	2	„	—	+ 2
Bayr. Bauernbund	4	„	4	+ 0
Deutsch-hann. P. (Welfen)	5	„	2	+ 3

*

Die alte Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum) zählte . . . 329 jetzt 22
Die Opposition der Rechten . . . . . 70 „ 15
Die Opposition der Linken . . . . . 22 „ 8
421 46

Die alte Koalition hat also den dritten Teil ihres Bestandes eingebüßt und bleibt im Reichstage um 9 Stimmen hinter der absoluten Mehrheit zurück. Die Opposition der Rechten hat sich verdoppelt, die bisher schwache Opposition der Linken hat sich vervierfacht.

In der Nationalversammlung standen gegenüber:
185 sozialistische gegen 236 bürgerliche Vertreter.
Im Reichstag stehen gegenüber:
192 sozialistische gegen 268 bürgerliche Vertreter.

Die Spannung zwischen diesen beiden Gruppen betrug in der Nationalversammlung 51, die Spannung zwischen den gleichen Gruppen im Reichstage beträgt 76 Stimmen. Die nicht sozialdemokratische Mehrheit ist also im Reichstag gegenüber der Nationalversammlung verstärkt.

Die Gegenüberstellung der Wählerstimmen ergibt folgendes Bild:

Soz. Parteien:
1919: 13 826 338, 1920: 10 779 218, also — 3 047 120,
bürgerliche Parteien:
1919: 16 102 703, 1920: 14 221 358, also — 1 881 345.

Der Stimmenrückgang, das ist sehr zu beachten, ist darauf zurückzuführen, daß sich an den Reichstagswahlen vorläufig die Abstimmungsgebiete, Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein, nicht beteiligt haben, sowie daß die Gebiete des „polnischen Korridors" in Wegfall gekommen sind.

Die Spannung zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Stimmen belief sich
1919 auf 2 276 365 Stimmen
1920 auf 3 442 140 Stimmen.
Sie hat sich also zugunsten der bürgerlichen Stimmen um 1 165 775 Stimmen verstärkt.

Von der Reichstagswahl.

Momentbilder vom Berliner Wahltag.

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag. Aber die Nacht ist zum Tage geworden. Gilt es, der ganzen großen deutschen Reichshauptstadt mit hexenartiger Geschwindigkeit ein neues Aussehen zu geben? An jeder Straßenecke stößt man auf kleine Patrouillen und Stoßtrupps, schwer bewaffnet mit Pinsel, Kleister und Farbentöpfen und riesigen Plakaten. Straßendämme, Bürgersteige, Zäune, Gitter, Schaufenster, Mauern, Häuser — alles mußte zum Schauplatz einer letzten wilden Wahlschlacht dienen. So daß beispielsweise am Morgen ein biederer Ladenbesitzer sein Schaufenster, das er womöglich mit der Aufschrift geziert hatte: „Hier ist das Aufkleben von Zetteln streng untersagt und wird strafrechtlich verfolgt", dekoriert fand mit den wohlgeordneten Werberufen: „Ins Parlament gegen das Parlament wählt Kommunisten!" — „Was die U.S.P. will." — „Nieder mit der Reaktion!" — „Demokratie und Zentrum!" — „Wollt ihr das Deutschland Bismarcks, so wählt deutschnational!" — „Die Partei des Wiederaufbaues, Deutsche Volkspartei!" — Es geht eben nichts über ein wohlsortiertes Lager jeglicher Waren . . .

*

Im Osten. Frankfurter Allee. In den Morgenstunden. Vor einem Wahllokal steht eine lange Reihe von Frauen. Im Rinnstein ein Kommunist, der sich zu einer letzten feurigen Agitationsrede aufschwingt. Seine Arme rudern begeistert, ekstatisch leuchten die Augen, von seinen Lippen fließt schon Honig des kommenden Paradieses. Aber da unterbrechen ihn, im Wechselsang, die Frauen: „Und die Spartakuskämpfe?" — „Und unsere zerschossenen Wohnungen?" — „Und all die Streiks, bei denen es nicht mal Wasser gab?" — Und dann, erbittert: „Wartet's ab! Heut werden wir Euch die Antwort schon geben!"

*

Und nun meint ihr, die Herren Verbrecher, die ohne die bürgerlichen Ehrenrechte, hätten an diesem Tage beschäftigungslos beiseite gestanden oder hübsche „Gelegenheiten" ausspioniert? Nichts zu machen. Da sie nicht wählen konnten, „schleppten" sie. Allerdings — der Wahrheit die Ehre — doch wohl meist für die K.P.D.

*

Ueberhaupt die Kommunisten! Da erscheinen in den Höfen um die Mittagsstunde kleine Musikbanden, intonieren auf herzerweichende Art die „Internationale", die „Marseillaise". Und dann ein donnernder Werberuf: „Männer und Frauen, heute sollt ihr Sowjetrußland retten!" — Freilich, Dringlicheres haben wir zurzeit ja überhaupt nicht zu tun . . .

*

An der Ecke, am Nachmittag, regenübergossen und fröstelnd, ein Zigarettenverkäufer. „Na, lieber Mann, haben Sie auch schon gewählt?" — „Jewählt? Ja, sehn Se, wat soll ma wählen? Rechts, det is der Kapitalismus. S.P.D? Die lügen zu ville. U.S.P.? Die können alleene ooch nischt machen. Oon Spartakus? Der haut doch alles in Klumpen. Sagen Se nu, wat soll ma wählen?!" — Die Stimme des Volkes . . .

*

Und dann: Schluß. Die Wahllokale schließen die Pforten. Die Zählung beginnt. Draußen stehen die Ergebnislüsternen . . . „Un ick sage: U.S.P. macht det Rennen!" — „Quatsch nich, Mensch; paß uff: Hugo Heimann un Scheidemann —" — „Nanu? Da woll'n wa doch Spartakus nich verjessen, wa?!" — U.S.P. — Spartakus! — S.P.D.! — Man zögert noch einen Augenblick — dann liegen sich Müller, Schulze und Krause wild in den Haaren. Na, und wenn das kein scharfer Berliner Wahlkampf gewesen ist . . . .

*

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Die Wahlergebnisse zeigen eine Ueberlegenheit der deutschnationalen Stimmen über diejenigen der Deutschen Volkspartei. Dieses Ergebnis ist irreführend und dadurch zustandegekommen, daß dort, wo gemeinsame Listen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei bestanden, wie z. B. in München und in der Thüringischen Bauernpartei, die für diese abgegebenen Stimmen restlos den Deutschnationalen gutgeschrieben wurden, während die Hälfte auf das Konto der Deutschen Volkspartei gesetzt werden müßte. Berücksichtigt man dieses rechnerisch, so bleibt die Deutsche Volkspartei diejenige bürgerliche Partei, für welche die meisten Stimmen abgegeben wurden, und dieses Verhältnis wird sich noch steigern, wenn erst die Abstimmungsgebiete wählen dürfen.

*

Der Sieg der Volkspartei im Freistaat Hessen.

Im Freistaat Hessen, der für sich den Wahlkreis 22 bildet, hat die Deutsche Volkspartei ganz besonders gut abgeschnitten. Sie hat in fast allen Städten das Erbe der Demokratischen Partei angetreten. In Darmstadt, Worms, Bingen, Gießen, Bensheim und Alsfeld hat sie 50 v. H., in Offenbach, Dieburg und andern Plätzen 100 v. H., in dem schon immer von altersher stark demokratischen Mainz 150 v. H., in Lauterbach 200 v. H. zugenommen. In Wimpfen am Neckar und Beerfelden verdreifachte sich die Wählerzahl; in Bad Nauheim und in andern oberhessischen Städten erreichte sie sogar das Vierfache. Im Odenwald sind die Wähler zwar teilweise, aber bei weitem nicht im erwarteten Umfange der Losung der bäuerlichen Organisationen gefolgt. Alles in allem genommen ist der Sieg der Deutschen Volkspartei im ganzen als glänzend zu bezeichnen. Die Demokratie ist, vor allem in Oberhessen, vollkommen zusammengebrochen, während sie in Rheinhessen sich besser behauptet hat, wo ihr Spitzenkandidat, Korell, eine örtliche Führerrolle besitzt.

*

Männer- und Frauenstimmen.

In der Stadt Köln haben Männer und Frauen in getrennten Räumen gewählt. Es ergab sich daraus folgendes Bild:

	Gesamtstimmen	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	82 118	32 964	49 154
Mehrheitssozialisten	60 429	36 295	24 134
Deutsche Volkspartei	33 712	17 768	15 914

Unabhängige	27 218	18 245	8 973
Demokraten	11 231	6 554	4 677
Christl. Volkspartei	8 307	4 247	4 060
Deutschnationale	6 612	3 190	3 422
	229 627	119 263	110 364

Da unter den Wahlberechtigten in Köln wie anderwärts die Frauen stärker vertreten sein werden als die Männer und doch von jenen 9000 Stimmen weniger abgegeben wurden, so ist die Wahlmüdigkeit offenbar vorwiegend bei den Wählerinnen in Erscheinung getreten. Von ihr wurden nicht betroffen das Zentrum und die Deutschnationalen. Der gewaltige Ueberschuß weiblicher Stimmen beim Zentrum ist ja keine neue oder erstaunliche Erscheinung. Der Einfluß der Geistlichkeit ist diesmal dadurch nachweisbar, daß die Absplitterung vom Zentrum (Christliche Volkspartei) weniger Frauen- als Männerstimmen erhalten hat. Ueberall sonst waren zweifellos die Frauen von dem Zug nach rechts, von der Sehnsucht nach dem Gewesenen stärker erfaßt als die Männer. Der rechte Oppositionsflügel des Zentrums hätte also die Frauen noch stärker anziehen müssen als die offizielle Partei. Aber die Geistlichkeit stand geschlossen zur alten Fahne und ihr folgten die Frauen.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Liste der auf Grund der bisherigen Ergebnisse gewählten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei.

In Ostpreußen und Schleswig sind infolge Verschiebung der Wahl die Mandate den bisherigen Inhabern verblieben.

Dr. Graf zu Dohna, Professor der Rechte in Heidelberg; Dr. Runkel, Geh. Regierungs- und Provinzialschulrat in Schleswig.

Neu gewählt sind: Geheimrat Professor D. Dr. Kahl, Verbandsdirektor v. Raumer, Syndikus Dr. Stresemann, Landrat z. D. v. Kardorff, Pfarrer Dr. Luther, Bürgermeister Dr. Marxsen, Gewerkschaftsvorsitzender Geisler, Gesandter z. D. v. Kemnitz, Landwirt Zetschke, Schriftsteller Dr. Mittelmann, Frau Direktorin Dr. Elsa Matz, Schriftsteller Dr. Piper, Legationsrat Freiherr v. Rheinbaben, Schulrat Beuermann, Kaufmann Dr. Kulenkampff, Frau Katinka v. Oheimb, Rechtsanwalt Dr. Cremer, Landwirt Kerkler-Böhm, Oberverw.-Gerichtsr. Leutheußer, Syndikus Dr. Max Richter, Landwirt Böbrich (gewählt auf die Liste des Landbundes), Kaufmann Walter Dauch, Landwirt Dietrich Dannemann, Rechtsanwalt Dr. Hildemeister, Senator Beathien, Hofbesitzer Dusche, Bergwerksdirektor Albrecht, Malermeister Havemann, Generalsekretär Dr. Hago, Landwirt Harte, Bergmann Winnefeld, Generaldirektor Dr. Vögler, Landwirt Westermann, Geheimrat Prof. Dr. Rießer, Landwirt Hepp, Lokomotivführer Seibert, Finanzminister a. D. Dr. Becker, Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, Pfarrer Dr. Oertel, Rechtsanwalt Kempkes, Gewerkschaftssekretär Adams, Oberbürgermeister Dr. Mest, Landwirt Gebhart, Rechtsanwalt Dr. Zapf, Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Verbandspräsident Dr. Ing. Sorge, Direktor Ltz. D. Everling, Legationsrat Dr. Freiherr v. Lersner, Klempnerobermeister Tuch, Konteradmiral Brüninghaus, Geschäftsinhaber Findeisen, Stadtverordneter Dr. Curtius. Dazu kommen noch Kandidaten des Reichswahlvorschlags. Es sind dies Frau Klara Mende, Verbandsvorsteher Otto Thiel, Hugo Stinnes, Handelskammersyndikus Geheimrat Quaatz, Chefredakteur Rippler, Generalleutnant von Schoch. Ferner ist noch gewählt entweder ein 3. Abgeordneter für Pommern oder ein 7. der Reichsliste.

Die Wiedergeburt des nationalen Liberalismus.

In demokratischen Blättern liest man in den Betrachtungen zum Ausgang der Reichstagswahlen vielfach, daß das Wahlergebnis, das den großen Sieg der Deutschen Volkspartei und die katastrophale Niederlage der Demokraten gebracht hat, hervorgerufen sei durch eine falsche Orientierung der bürgerlichen Wähler. Man habe in diesen Kreisen infolge ungerechter Einschätzung der Tätigkeit der bisherigen Koalitionsregierung angesichts der Lage Deutschlands und, bestimmt durch Unmuts- und Verärgerungsempfindungen, sich von Gefühlsregungen leiten lassen, habe in der Verkennung der Situation und in unrichtiger Beurteilung der Zukunftsmöglichkeiten sich vollständigster Gedankenlosigkeit überlassen, ja, das „Berliner Tageblatt“ macht neuerdings für den „unlogischen Ausgang“ der Wahlen bei den Demokraten ausschließlich die — Frauen verantwortlich! Man will dartun, daß die in den demokratischen Kreisen so unangenehm empfundene Entwickelung nach rechts — in Wirklichkeit das, was man im Hinblick auf die bisherige Koalitionspolitik als eine äußerst gesunde Reaktion bezeichnen kann, — ein Urteil sei, das seinem innersten Wesen nach eine Kritik unpolitischer Art darstelle, daß letzten Endes der Erfolg der Deutschen Volkspartei ein Zufallsergebnis sei. Es nimmt nicht wunder, daß man in den demokratischen Kreisen das Volksurteil in Mißkredit bringen will, jetzt, wo es sich gegen die bislang geübte Form der Demokratie und des Parlamentarismus entschieden hat, um die selbstverschuldete Niederlage von den eigenen Schultern abzuwälzen und möglichst gering erscheinen zu lassen. Aber man halte dagegen, wie oft gerade von diesen Leuten die Gültigkeit der Volksstimme angerufen und gepriesen wurde, wenn es sich darum handelte, mit einer jeder Ungeheuerlichkeit fähigen Mehrheit, die nicht im Volke wurzelte, Gesetze zu fabrizieren und sogenannte Auslandspolitik zu treiben.

Der Vorwurf, die Deutsche Volkspartei verdanke ihren Sieg einem Zufall, läßt sich an der Hand von positiven Beweisen widerlegen. Wir betrachten ihren außerordentlich großen Erfolg von dem Standpunkt, daß das Bürgertum, das durch die Revolution und ihre Folgen am meisten gelitten hat, in den notwendigen und erfreulichen Zustand des Selbstbesinnens und Wiedererwachens versetzt worden ist, wovon die Folgen sich am 6. Juni gezeigt haben. Wie sehr die Deutsche Volkspartei berechtigt ist, die Scharen, die sich am 6. Juni unter ihrer Fahne gesammelt haben, als eine ihr fest verbundene Anhängerschaft zu betrachten, lassen einige Vergleiche mit dem Besitzstand der ehemaligen Nationalliberalen Partei vor dem Kriege deutlich werden. Ein Gang durch die einzelnen Wahlkreise mag das an einigen Fällen erläutern. Im allgemeinen soll dazu vorbemerkt werden, daß seit der Revolution bekanntlich auch die Frauen das Stimmrecht haben, was bei der folgenden Vergleichung ohne Zweifel mit berücksichtigt werden muß, daß aber anderseits bei den Wahlen 1919 die allgemeine Beteiligung der Wählerschaft außerordentlich stark, im Jahre 1912 gleichfalls sehr lebhaft, am 6. Juni z. T. aber nicht in diesem Ausmaß lebendig war.

Der Wahlkreis Frankfurt a. O. war immer ein altes Besitztum der Nationalliberalen; im Reichstag 1912 war er mit 2 Abgeordneten vertreten. Jetzt hat er nach vorübergehender Beeinträchtigung in der Nationalversammlung seinen alten Besitzstand wieder erreicht. Pommern ist vor dem Kriege ein erfolgversprechender Werbeboden für die Nationalliberalen gewesen. Seit 1908 hat dort eine Organisation eingesetzt, die es bei den Wahlen für die Nationalversammlung auf ein Ergebnis von 88 000 Stimmen (1 Abgeordneter) brachte, jetzt aber über 160 000 Stimmen erreichte, so daß 2 Abgeordnete für die Deutsche Volkspartei dort sicher sind, wobei noch ein ganz bedeutender Rest an Stimmen verblieben ist. In Mecklenburg, der freisinnigen Hochburg von ehemals, war bei der Nationalversammlung der alte Besitz der Nationalliberalen vor dem Krieg von 2 Sitzen verloren gegangen; die Wahlen vom 6. Juni haben einen Sitz erbracht. Unter Mitbetrachtung des gerade für diesen Kreis erbärmlichen Mißerfolges der Demokraten ergibt sich, daß die freisinnige Demokratie in Mecklenburg abgewirtschaftet hat. Auch in Schlesien, wo die ehemaligen Freisinnigen — neben den Konservativen und dem Zentrum — in dem alten Reichstag das Feld zu behaupten wußten, haben sie bei den neuen Wahlen bedeutende Einbuße erlitten, die zum Teil auch der Deutschen Volkspartei zugute gekommen ist. In der Nationalversammlung war dort die Deutsche Volkspartei mit keinem Mandat vertreten, jetzt aber hat sie in den Wahlkreisen Breslau und Liegnitz mit einem guten Ueberschuß 2 Abgeordnete durchgebracht, und somit ist Schlesien seit 1918 im Reichsparlament wieder durch unsere Partei vertreten. Sachsen-Magdeburg und Thüringen sind alter nationalliberaler Besitz, bei den Wahlen 1919 aber unbesetzt geblieben; dort ist nunmehr mit 6 Abgeordneten der Stand von 1911 überschritten worden, und zwar mit einem so günstigen Ergebnis, daß auf die Reichsliste ein noch ganz erheblicher Zuschuß zufällt. Die gute Organisation in Hamburg hat sich bewährt und den in der Nationalversammlung erworbenen Besitzstand erhalten. Bei den Wahlen 1919 hieß es von seiten der Demokraten und Sozialdemokraten, die Hochburg der Nationalliberalen, Hannover, sei endgültig zerstört. Die Wahlen vom 6. Juni haben dieses voreilige Urteil korrigiert, der alte Stamm der Nationalliberalen hat sich, wenn auch noch nicht in der alten machtvollen Stärke, wieder zur Deutschen Volkspartei zurückgefunden, so daß Hannover auch heute wieder als einer der festen Türme des nationalen Liberalismus bezeichnet werden kann. Es ist hierbei besonders zu berücksichtigen, daß die neue Wahlkreiseinteilung einen Vergleich mit den Vorkriegszuständen nicht restlos durchführen läßt. In Westfalen, immer schon alter, guter Stammsitz der Nationalliberalen, hat sich trotz der Revolution und die Revolutionszeit hindurch der alte Besitz erhalten und durch die Neuwahlen zu den alten 3 Sitzen um 2 vermehrt. In den rheinischen Wahlkreisen hat sich der alte Besitz nicht nur behauptet, sondern nach der Erschütterung durch die Revolution noch 2 Sitze hinzu erhalten, so daß die Deutsche Volkspartei in diesen Kreisen mit 5 Mandaten vertreten ist. Auch in den beiden Hessen hatten die Nationalliberalen immer festen Boden unter den Füßen; in der Revolutionszeit ist ihr Grund nicht erschüttert worden. Die Neuwahlen haben der Deutschen Volkspartei hier im Vergleich zu 1919 einen Sitz mehr gebracht, dabei aber einen derartigen Stimmenüberschuß ergeben, daß durch die hessischen Stimmen noch ein Kandidat für die Reichsliste gesichert ist, und somit der alte Vorkriegszustand für Hessen von 5 Mandaten wieder erreicht werden dürfte. Im ehemaligen Königreich Sachsen (die jetzigen drei Wahlkreise Dresden, Leipzig, Chemnitz) hat die Deutsche Volkspartei einen ihrer größten Erfolge errungen. Im Reichstag 1911 war das Königreich Sachsen mit 6 Mandaten durch die Nationalliberalen vertreten, in der Nationalversammlung nur mit einem einzigen; am 6. Juni wurden, wieder mit bedeutendem Ueberschuß für die Reichsliste, 6 Abgeordnete durchgebracht. So zeigt sich auch hier wieder die Werbekraft der Deutschen Volkspartei auf die alten, ehemals der Nationalliberalen Partei angehörigen Kreise. In der Pfalz ist der alte Besitz erhalten geblieben; in Baden hat

die Partei ein gutes Teil von dem, was ihr in der Revolution verloren gegangen ist, wiedergeholt. Einzig in Bayern und Württemberg ist es ihr angesichts der für sie dort herrschenden außerordentlich schwierigen Verhältnisse nicht gelungen, ein Mandat zu erringen. Bei der besonderen Gruppierung des Bürgertums in diesen Kreisen ist aber zu berücksichtigen, daß auch viele Stimmen der Deutschen Volksparteiler für andere bürgerliche Parteien abgegeben worden sind. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß die Organisation der Deutschen Volkspartei in Süddeutschland, die erst langsam in Gang kommen konnte, dort geleistet hat, was zu leisten war, und in weiterer Entfaltung sich befindet. Daß die Deutsche Volkspartei für die Reichsliste noch 6 Mandate erbringen konnte, ist ein weiterer Beweis für ihr Anwachsen.

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß jene zu Beginn dieser Ausführungen erwähnten Verdächtigungen nicht zu Recht bestehen. Die Deutsche Volkspartei verdankt ihren außerordentlichen Zuwachs nicht irgend einem Zufall oder dem unpolitischen Urteil ihrer Wählermassen, sie verdankt ihn vielmehr einem wohlangewendeten Maß politischer Urteilskraft, die nicht nur auf der Erkenntnis des bisher Unzulänglichen, sondern auch auf der Einschätzung der durch die Volkspartei im Parlament geleisteten positiven Arbeit beruht. Das Bürgertum, das in einer Zeit allgemeiner Verwirrung seine politische Betätigung zum Teil auf trügerische Erwartungen eingestellt hatte, ist — schon längst — zur Besinnung zurückgekehrt und hat dies nun durch seine Stimmabgabe am Schicksalstag vom 6. Juni ausdrücklich bekundet.

Die Nationalliberalen waren für das Frauenstimmrecht.

In den an die Frauen gerichteten Wahlaufrufen der Sozialdemokraten wurde als besonders zugkräftige Formel immer wieder hervorgehoben, daß die Einführung des Frauenwahlrechtes allein der sozialdemokratischen Partei zu danken wäre. Eine sehr beachtenswerte Richtigstellung dieser Angabe veröffentlichte Dr. Otto Arendt kürzlich im „Roten Tag", die unsern Lesern bereits in der Vornummer wiederzugeben leider aus technischen Rücksichten unterbleiben mußte. Sie wird aber auch nach Abschluß des Reichstagswahlkampfes von Interesse sein, da auch in bürgerlichen Frauenkreisen noch wenig bekannt sein dürfte, daß die nationalliberale Partei bereits Anfang November 1918 ihre Zustimmung zur gesetzlichen Einführung des Frauenwahlrechtes gegeben hatte. Dr. Otto Arendt schreibt darüber:

„Als nach dem Zusammenbruch an der Front unter Max von Baden die Demokratisierung Deutschlands durch den Reichstag begonnen hatte, hat die interfraktionelle Kommission, welche die Reformgesetze vorbereitete, auch einen Wahlrechtsantrag beschlossen, der das Frauenstimmrecht brachte. Die Nationalliberalen verhielten sich zunächst zögernd, gaben dann aber gleichfalls ihre Zustimmung. Der die Einführung des Frauenwahlrechts enthaltende Antrag war nach dem alphabetisch ersten Antragsteller ein Antrag Prinz Carolath.

Der Antrag ist am 8. November im Reichstage eingebracht worden und in die Druckerei gegangen. Am 9. November habe ich ein Korrekturexemplar im Reichstag in Händen gehabt, und zwar in demselben Augenblick, in dem die amtliche Nachricht von der Abdankung des Kaisers eintraf. Unmittelbar darauf kam der Reichstag in die Gewalt der Revolution. Der Antrag für das Frauenwahlrecht wäre ohne die Revolution am 9. November im Reichstage gedruckt verteilt und öffentlich bekannt geworden. Seine Annahme war unzweifelhaft, da die beantragenden Parteien eine sehr große Mehrheit bildeten. Ob der Antrag in Schrift oder Druck sich noch bei den Akten findet, weiß ich nicht. Die Tatsache des Antrages selbst, den ich gedruckt gelesen, muß sich durch die Beteiligten unschwer feststellen lassen.

Wie so manches andere wäre also auch das Frauenstimmrecht ohne Revolution erreicht worden."

Diese geschichtliche Darlegung ist um so wertvoller, als auch bei der bevorstehenden Berliner Stadtverordnetenwahl die Sozialdemokratie diese Tatsache übergehen und sich als die alleinige Verfechterin der Frauenforderungen hinstellen wird. Auf Grund der Mitteilungen des damals freikonservativen Abgeordneten können die Frauen der Deutschen Volkspartei diesen Wahlfloskeln nunmehr entgegen treten und beweisen, daß die nationalliberale Partei, aus der die Deutsche Volkspartei bekanntlich hervorging, bereits vor der Revolution die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen anerkannte.

Wer ist der Feind der Frau?

Ein Wort zur Gründung der Berliner „Kommunalen Frauenpartei".

Von Käte Rahmlow-Dortmund.

Als vor etwa 10 Tagen die ersten inoffiziellen Nachrichten von der Gründung einer Frauenpartei unter der ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten Anna v. Gierke zu uns nach dem Westen kamen, da hatten wir westfälischen Frauen der Deutschen Volkspartei die Hoffnung, daß es sich, wie so oft, lediglich um ein Gerücht handelte. Wir vertrauten darauf, daß gerade die deutschnationale Anna v. Gierke, trotz der kränkenden Zurücksetzung, die sie bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ihrer Partei erfuhr, die Sache über die Person stellen würde. Wir hofften, daß Anna v. Gierke sich darüber klar sein würde, daß unter den heutigen schwierigen politischen Verhältnissen die Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront mehr denn je das Gebot der ernsten Stunden, die wir durchleben, ist.

Und nun kommt diese Frauenvorschlagsliste zu den Wahlen des Berliner Stadtparlaments, die wir nicht anders denn als Vorfühler der lange geplanten „politischen Frauenpartei" ansprechen können.

Sollen nun die gottlob immer mehr abnehmenden Antifeministen unter den Männern (es gibt merkwürdiger- und bedauerlicherweise auch solche unter den sog. „versorgten Frauen"!) behaupten können: „Da seht Ihr's ja mal wieder! Die Frauen können die Sache nicht von der Person trennen!"? Diese Antifeministen, deren Zahl gerade nach den Wahlen so bedeutend geringer wurde, weil viele den politischen Frauen abwehrend gegenüber stehende Männer ehrlich und dankbar anerkennen mußten, wie wunderbar treu die nationalen Frauen alle die Kleinarbeit bei den Wahlen leisteten, wie daneben eine immer größer werdende Zahl nationaler Frauen sich rednerisch betätigte, ohne Furcht selbst im tosenden Lärm der Gegner von links für den nationalen Gedanken eintraten, ebenso wie unsere für die Parlamente au erwählten Frauen unter absoluter Anerkennung der Männer treueste und wertvolle Mitarbeit dort Schulter an Schulter mit unseren Abgeordneten leisteten?

Die alte Frage: „Wer ist der Feind der Frau?", die nur von wütenden Männergegnerinnen falsch beantwortet wurde, taucht von neuem auf. Die Frau ist und war stets ihre eigene Feindin.

In jeder denkenden Frau hat sich heute ein fester parteipolitischer Standpunkt herausgebildet. Auf Grund politischer Ueberzeugungen ging die Frau in ihrer bei weitem überwiegenden Mehrheit in die Partei, deren Programm ihren nationalen Wünschen und ihren Fraueninteressen entsprach. Die neue kommunale Frauenpartei soll „völlig unpolitisch" sein. Das ist Nonsens! Wie will sich diese völlig unpolitische Frauenpartei verhalten, wenn es sich um kommunalpolitische Fragen bei den Beratungen und Abstimmungen handelt? Die neue Frauenpartei setzt sich nach den Meldungen der Berliner Presse aus bekannten Frauen als Führerinnnen zusammen, die sich bisher in ganz verschiedenen politischen Lagern betätigten. Wie können die bisherigen parteipolitischen Auffassungen dieser Frauen bei kommunalpolitischen Abstimmungen unter einen Hut gebracht werden? Wollen die Frauen dann Abstinenz bei den Abstimmungen üben? — Die Partei des Fräulein v. Gierke bekämpfte die „Deutsch-demokratische Partei" hart im Wahlstreit. Dr. Agnes v. Harnack ist, so viel wir wissen, Demokratin. Wie ist da, ohne Untreue gegen die bisherige Partei, sachliche Uebereinstimmung möglich? — Wir wissen alle, wie stark und wie unduldsam gerade die Unabhängigen im Berliner Stadtparlament sind. Wüster Skandal, an dem sich neuerdings so oft die Tribünen im Berliner Rathause beteiligen, ist an der Tagesordnung. Kann Frl. v. Gierke „völlig unpolitisch" den Kämpfen der Unabhängigen unter Adolf Hoffmann gegen den Deutschnationalen Koch, einen der Wortführer ihrer Partei im Berliner Stadtparlament, lauschen? —

Die Frauen dieser neuen Frauenpartei wollen „völlig unpolitisch" sein, nachdem die Revolution den Frauen das politische Wahlrecht verlieh? — Hat Anna v. Gierke bedacht, daß sie dadurch alle politischen Frauen in der Oeffentlichkeit diskreditiert, insonderheit aber dem umlaufenden Gerücht, daß viele deutschnationale Frauen das Stimmrecht am liebsten wieder abgeschafft sehen möchten, neue Nahrung gibt? Als ehemalige Führerin der deutschnationalen Frauen hatte sie den Anhängerinnen Parteidisziplin zu predigen, die sie jetzt, um persönlicher Kränkungen willen, so arg verletzt? Wir haben die Angriffe demokratischer Frauen gegen die deutschnationalen Frauen nach dieser Richtung hin stets zurückgewiesen. Diese Vorwürfe müssen und werden nun von neuem auftauchen.

Die Frauen, die die „völlig unpolitische Frauenpartei" in Berlin gründeten, fielen der gesamten politischen Frauenwelt in den Rücken. Sie diskreditierten die aufrichtig nach ehrlicher Kameradschaft mit den männlichen Parteifreunden strebenden Frauen bei diesen. Sie geben dem Antifeminismus neue Nahrung. Das Unverantwortlichste aber ist, daß sie der von den nationalen Parteien ausgegebenen Parole der Sammlung aller bürgerlich-nationalen Elemente den „Dolchstoß von hinten" versetzen.

„Das war kein Heldenstück, Octavio alias Anna v. Gierke!" — Wir haben in Anna v. Gierke die warm vaterländische Frau bisher verehrt, die sich unbestreitbar in Berlin große organisatorische Verdienste auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge errungen hat. Wir hatten volles Verstehen dafür, daß sich Anna v. Gierke durch die ihr zuteil gewordene Zurücksetzung verletzt fühlte. Durch die Gründung dieser Frauenpartei aber hat die ehemalige deutschnationale Führerin selbst das Bild, das wir uns von ihr machten, verdunkelt. Sie gleicht in unseren Augen etwa dem trotzigen Kinde, das seinen Willen nicht bekam, nun schmollend in einer Ecke steht und . . . unartig wird. Es riecht etwas nach „Revanche", was Anna v. Gierke doch sicher in der Hoffnung tat, daß ihre deutschnationalen Anhängerinnen zum Schaden der Partei Gefolgschaft leisten werden.

Der weitere Verlauf ist ungewiß. Werden diese Frauen sich mit ihrer ehemaligen Führerin solidarisch erklären? Wer kann das voraussehen! Frauen neigen leicht zum Radikalismus, sie erliegen auch leicht dem Reiz der Neuheit. Um so mehr, je weniger sie politisch geschult sind.

Die Deutsche Volkspartei hatte vor den Wahlen schon einen starken Bestand an Wählerinnen. Der tat in hingebender Treue Arbeit in der Wahlschlacht. Für ihn ist nichts zu fürchten. Aber wir haben sehr viele „Neue" durch die Abwanderung der Frauen aus der Deutsch-demokratischen Partei hinzubekommen. Trifft auf sie die Bewertung zu, die wir in den Worten des durch die demokratische Wahlniederlage verärgerten „Berliner Tageblattes" finden, das da schrieb: „Die Frauen sind schuld am Ausgang der Wahlen. Sie fielen von einem Extrem ins andere!" Das neue „Extrem" hieß für die abgewanderten Demokratinnen „Deutsche Volkspartei". Wird das „neueste Extrem" Frauenpartei heißen, wenn nach dem Berliner ballon d'essai des Fräuleins v. Gierke eine große politische Frauenpartei auf der politischen Bildfläche erscheint?

Unsere volksparteiliche Arbeitsparole heißt Sammlung aller nationalen bürgerlichen Elemente: denn „der Feind steht links!" Was uns not tut, das ist die Erkenntnis, daß Mann und Frau erst gemeinsam den Menschen ergeben, daß Deutschland nicht ohne den Verstand des Mannes und nicht ohne die hingebende vaterländische Arbeit der Frauen, ohne das deutsche Frauenherz gesunden und aufgebaut werden kann. Wir volksparteilichen Frauen halten fest an der in unserer Partei herrschenden treuen, ehrlichen Kameradschaft mit den Männern unserer Partei, die wir uns in gemeinsamer Arbeit in der Partei errungen haben. Eine Preisgabe dieser auch von den Männern gepflegten Kameradschaft wäre ein Unglück für die Frauen, für die Partei und nicht zuletzt für das Vaterland. Ueberbrückung der Gegensätze, Arbeit gegen die Parteizersplitterung tut dringend in Deutschland not. Wer diese Zersplitterung noch fördert — und das tut jede separatistische Frauenpolitik —, der versündigt sich schwer an Deutschland. Hoffen wir, daß die Berliner Frauen aus dem Fiasko, das sie erleben werden und müssen, sich zu dieser Anschauung bekehren werden. Sie hätten sich diese bittere Erfahrung ersparen sollen.

Die „Schuld der Frauen".

In einem Artikel, dessen geistige Urheberschaft — sehr mit Recht — durch das Nachdrucksverbot ausdrücklich geschützt wird, stellt das „Berliner Tageblatt" in seiner Dienstag-Abend-Ausgabe einwandfrei fest, wer an der Niederlage der Demokratischen Partei schuld ist — nämlich die Frauen. Und zwar deshalb, weil sie bei den Wahlen ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß die Butterpreise so hoch sind, daß die Straßenbahn so teuer ist, oder weil sonst irgendwie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Unordnung geraten sind. Die Frauen haben überhaupt keine Urteilskraft über politische Zusammenhänge, die ganze Frauenbewegung ist nur dazu angetan, die politische Entwicklung von einem Extrem ins andere zu schleudern. Diese Beweisführung ist sündhaft dumm. Es dürfte dem Artikelschreiber schwer fallen, für seine Behauptung den Wahrheitsnachweis anzutreten. Anderseits werden die Frauen in der Demokratischen Partei über dieses außerordentlich gehässige Urteil sehr wenig gerührt sein. Umsoweniger, als die Demokratische Partei während des Wahlkampfes in unzähligen Aufrufen und Reden sich als die Partei der Frauen empfohlen und eine Vertretung der weiblichen Interessen bei den Rechtsparteien durchaus in Abrede gestellt hat.

Die Frauen für den Ausschlag der Wahlen nach rechts und links verantwortlich zu machen, geht nicht an. Schlüssiges Beweismaterial darüber wird sich nicht erbringen lassen, da ja die getrennte Wahl zwischen Männern und Frauen im Reiche nicht einheitlich durchgeführt worden ist. In Köln und Hannover z. B., wo dies geschehen ist, zeigt sich, daß die männliche und weibliche Wählerschaft bei den Rechtsparteien sich im großen und ganzen die Wage gehalten hat, daß aber die unabhängigen Frauen in beiden Städten hinter den Männern geblieben sind, in Köln mit 50, in Hannover sogar mit 66 Prozent. Mit Ausnahme des Zentrums in Köln, das seinen dortigen Wahlsieg wohl hauptsächlich der Beteiligung der Frauen mit über 40 Prozent Uebergewicht über den Männern zu danken hat, ergibt sich, soweit sich die Lage überblicken läßt, das Bild, daß die Frauen in den Mittelparteien keineswegs ausschlaggebend gewesen sind.

Polnischer Machthunger und deutsche Schwäche.

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß Dankbarkeit keine Stelle im Verhältnis der Völker zu einander haben kann. Aber ein Verhalten, wie das der Polen gegen über den Deutschen kann man kaum noch mit Undankbarkeit bezeichnen. Es ist ein sinnloser, von eigener Schädigung nicht zurückschreckender blinder Haß, wie er nicht leicht seinesgleichen findet. Vergessen ist, daß ohne die deutschen Siege Polen sicherlich noch eine russische Provinz wäre, ganz gleich, ob in Rußland die Revolution gesiegt hätte oder nicht. Für die Befreiung selbst auch nur einen Finger zu rühren, fiel dem edlen Polen nicht ein; aber es war ganz seine Art, wenn der große Virtuose Paderewski der ahnungslosen Frau Wilson sein Polenleid über die Bedrückung durch die — Deutschen klagte. Und Wilson, der sich vermaß, alle Vergewaltigung nationaler Minderheiten aus der Welt zu schaffen, war nur zu empfänglich gegenüber solchen Verdächtigungen. Ganz auf polnischer Seite war von vornherein Frankreich. Während das revolutionäre Deutschland in hellem Irrsinn sich von allen Lehren der Geschichte lossagt, um weltfremden Doktrinen, Produkten abgelegener Studierstuben zu folgen, ist Frankreich in allen Stürmen der Revolutionen stets treffsicher seinen nationalen Zielen gefolgt. Schon vor mehr als dreihundert Jahren betrieb man die Wahl eines französischen Prinzen zum König von Polen, und als die Polen unbedingt einen einheimischen Herrscher verlangten, wurde Johann Sobieski mit französischem Gelde gewählt. Und jetzt war das unabhängige Polen wieder an erster Stelle eine französische Forderung, es sollte als drohende Gewitterwolke stets über Deutschland hängen, noch ganz anders wie Rußland, für das die Westgrenze nur eine nebensächliche Rolle spielte.

Die Polen waren in ihrer staatenlosen Zeit aller wirklichen Staatskunst völlig entfremdet. Wie Kinder sahen sie und sehen sie noch die Größe eines Staates nur im Umfange seines Gebietes. Darum mußte alles, was nur je in fernster Zeit einmal zu Polen gehört hatte, wiedergewonnen werden. Und sie erlebten das märchenhafte Glück, daß Versailles sich ganz auf ihren Standpunkt stellte. Nicht nur Posen, auch Westpreußen fiel ihnen zu. Daß ihnen Danzig versagt blieb, war ein Erfolg englischer Politik, für die die alte Hansestadt dasselbe bedeutet wie Hongkong oder Singapur. Als die Polen die Herrschaft über die alten preußischen Provinzen antraten, empfanden sie noch eine Art Ehrfurcht vor dieser fremden Kulturarbeit; und sie überlegten, wie man sie erhalten könnte, aber bald schwand alle Scheu. Die beste Auseinandersetzung schien ihnen nun die Ausrottung der deutschen Kultur. Durch Schikanen und Quälereien aller Art zwingt man die Deutschen, das Land zu verlassen. Posen zählte bei 100 000 Polen 60 000 Deutsche, jetzt schon sind die Zahlen 150 000 und 20 000. Die deutschen Schulen werden unterdrückt, die Universitäten den Deutschen gesperrt. Das Polentum will unter sich sein, will den unbequemen Mahner an die vergehende Blüte des Landes nicht mehr sehen.

Nun rückt die Zeit der Abstimmung heran. Am 11. Juli soll in Ostpreußen (Regierungsbezirk Allenstein und Kreis Oletzko), sowie in den betreffenden Kreisen Westpreußens, zu denen auch die Marienburg gehört, die Entscheidung fallen. Von dem Ergebnis dieser Volksbefragung wagen die Polen sich nichts zu versprechen; aber dennoch glauben sie durch die immer noch gültige, nur von der deutschen Regierung ein für allemal aufgegebene Machtpolitik wenigstens die [illegible] linie Marienburg-Mlawka sich aneignen zu können. Deutschland gegenüber ist ja alles erlaubt, das hat ja soeben Belgien bewiesen, als es eigenmächtig die Grenzen verrückte, um sich die Monschauer Bahn zu sichern. Aber noch wichtiger als diese Weichsellande ist den Polen Oberschlesien. Der Pole, unfähig zu geordneter Verwaltung, ist stets groß gewesen als Verschwörer, und da ist Pan Korfanty in seinem Elemente. Sein Ziel ist, die Ruhe in Oberschlesien so zu stören, daß man dem Obersten Rat klar machen kann, polnische Truppen müßten notwendigerweise einrücken, um die Ordnung wiederherzustellen. Erst versuchte er es mit dem polnischen Aufstand; da er aber erkannte, daß hier bei den mangelnden Sympathien selbst der nur polnisch sprechenden Bevölkerung keine Aussicht war, geht sein Bestreben nunmehr dahin, die Deutschen zu Kundgebungen zu reizen. Und er findet in den französischen Besetzungstruppen willige Werkzeuge. Im müßigen Besetzungsdienst sind sie völlig verlottert, der Offizier hat keinen Einfluß mehr, desto größeren der polnische Agitator. Düster und drohend steht so die Zukunft Oberschlesiens vor uns.

Und wir leben mit Polen im Frieden! Es ist ein Fluch des Versailler Kongresses, der ein für allemal den Krieg aus der Welt schaffen wollte, daß er tatsächlich einen ehrlichen Frieden nicht aufkommen läßt. Den Männern von Versailles ist der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Polen sind ihre gelehrigen Schüler, die Polen sind stets nur empfänglich für Aeußerungen der Macht gewesen. Angesichts des jetzigen Deutschlands werden sie ihr Sprichwort bestätigt sehen: „Sieht man die Deutschen, so glaubt man Eichbäume vor sich zu haben, faßt man sie an, so sind es Federbetten." Ehe nicht in Deutschland wieder ein männliches Geschlecht die Herrschaft antritt, ein Geschlecht wurzelstarker Eichen, wird es keine Möglichkeit geben, mit den Polen zum friedlichen Ausgleich zu kommen.

Aus Welt und Zeit

Dem Verdienste seine Krone.

Wir lesen im „Phosphor", der Münchener satirischen Wochenschrift:

Nach einer Mitteilung der „Berliner Redaktion" hat der Genosse Parvus—Helphand—Markusohn sich nach seiner Ausweisung aus der Schweiz im Schloß Schwanenwerder bei Berlin niedergelassen. Wie uns aus eingeweihten Kreisen versichert wird, hätte Parvus sein Heim lieber im Berliner Tiergartenviertel aufgeschlagen. Leider konnte er für seine zahlreiche Familie (1 Oberhaupt und 9 Aufwartemädchen) in Berlin keine genügend große Wohnung finden, so daß er sich von der Hälfte seiner Dienerinnen hätte trennen müssen, was angesichts seiner sozialen Auffassung nicht möglich war. Immerhin ist Parvus als mehrfacher Autobesitzer in der glücklichen Lage, seine hochstehenden Freunde in Berlin und Umgebung jederzeit zu sich einzuladen und abholen zu lassen. Gleichzeitig ist der jetzige Aufenthaltsort des Genossen Parvus den Augen des notleidenden Proletariats etwas entzogen, das für die speziellen Bedürfnisse dieses großzügigen Arbeiterführers doch nicht das richtige Verständnis gehabt hätte, da dieser Genosse in der Sorge um das Wohl seiner armen Herde in geradezu selbstloser Weise Gesundheit und Vermögen aufgeopfert hat. Nach der gleichen Meldung hat der unabhängige ehemalige preußische Finanzminister Simon ein Schloß in der Mark gekauft. Er beabsichtigt, dort wöchentlich einmal die ärmsten seiner Parteigenossen zu bewirten und zu beherbergen, soweit es sein Erholungsbedürfnis von den Strapazen der ehemaligen Regierungstätigkeit zuläßt. Noske, der Reichswehrminister a. D., siedelt nach Potsdam über, das ihn als ehemalige Zentrale des preußischen Militarismus und der obersten Kommandogewalt besonders anlockt. Leider ist es heute noch nicht möglich, allen ehemaligen sozialistischen Ministern Schlösser anzuweisen, da die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem preußischen Fiskus und Wilhelm II. noch nicht erledigt sind. Die Herren müssen sich also noch einige Monate gedulden!"

Kautz.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klinglpor. 1. Vorsitzender). Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Carl Henrich, Siegen,

Hagener Strasse 31:

Zigarren :: Zigaretten :: Tabak

Fernsprecher 1194.

Deutsche Volkspartei

Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**

Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

Wennemar Gatermann,

Koblenzer Str. 8 **Siegen i. W.** Koblenzer Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität

liefere ich

sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt

für Handel, Industrie und Gewerbe.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle mich zur Anfertigung von **Geschäftsbüchern jeder Art** und zu alle ins Fach schlagenden Arbeiten. **Einrahmen von Bildern** sauber u. staubdicht. **Runde und ovale Rahmen auf Lager.** Fertig gerahmte **Kunstblätter** in großer Auswahl.

Lieferung von Stempeln zu Tagespreisen.

Joh. Müller, Buchbinderei,

Siegen, Grüner Pfuhl Nr. 5.

Sämtliche Reparaturen

an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen** werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. 1208

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Werner Wischel

Fernsprecher 279 **Siegen** Draht: „Turbine"

Beratender Ing. für Wasserkraftanlagen

übernimmt sämtliche ins Fach fallende Arbeiten insbesondere auch Wasserbuchsachen.

(Fristablauf für Wasserbucheintragungen 1924.)

Ausstellung zeitgemäßer Büromaschinen

Registratur- und Bürogeräte

vom 21. Juni bis 4. Juli 1920

Siegen, Koblenzer Straße 31.

Geöffnet von 10 bis 7 Uhr. **Sonntags von 11 bis 5 Uhr.**

Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Kopiermaschinen, Diktiermaschinen, Frankiermaschinen Vervielfältigungsmaschinen und Apparate, Lochmaschinen, Heftmaschinen etc.

Vollkommen selbsttätige elektrische Mercedes-Euklid-Rechenmaschine.

Schreibmaschinen-Aufbewahrungs-Schränke, Büromöbel
Zahlreiche Büroneuheiten. Registratur-Artikel. Lose Blatt-Kontenbücher.
Verstellbare Zeichentische. Lichtpaus-Apparate.

Prospekt frei. — Der Besuch ist anregend, lohnend und ohne Kaufverpflichtung.

Jacob Müller.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute bei der unter Nr. 7 eingetragenen Firma **Stift Kerpelet Filzfabrik Weiß & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Stift Kerpel** eingetragen worden, daß auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 6. Mai 1920 das Stammkapital um 40 000 Mark erhöht ist und jetzt 200 000 Mark beträgt. §257

Hilchenbach, den 8. Juni 1920.

Das Amtsgericht.

Bei der unter Nr. 10 unseres Handelsregisters Abteilung B eingetragenen **Aktiengesellschaft Hilchenbacher Lederwerke vormals Giersbach, Hüttenhein & Kraemer in Hilchenbach** ist folgendes eingetragen worden:

Das Vorstandsmitglied Lederfabrikant Heinrich Hüttenhain in Hilchenbach ist gestorben.

Dem Kontoristen Willy Menn in Hilchenbach ist Prokura mit der Maßgabe erteilt, daß er befugt ist, gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen die Firma zu zeichnen.

Hilchenbach den 14 Juni 1920.

§257 **Das Amtsgericht.**

Ziegelsteine.

Ringofen-Maschinensteine sowie **Tonschiefermaschinen-Rockenpreßsteine**

laufend in jeder Menge abzugeben. (†345

P. Kassack, Witten-Ruhr.

Wald- und Stachelbeeren

liefert †513

E. Rauhe,

Wildbergerhütte. — Tel. Nr. 9.

Ehrliches †643

Hausmädchen

bei guter Behandlung und Verpflegung sofort gesucht.

Anerbieten an

Frau Stumm, Nidda (Oberhess.) Seidenstraße 17.

Große Industriegesellschaft

mit eigenen leistungsfähigen Hüttenwerken, Gießereien, Maschinen- und Metallwarenfabriken sucht

tücht. guteingeführt. Vertreter

in allen Teilen Deutschlands. Es kommen nur Handelsfirmen und Ingenieurbüros in Frage, die große Erfolge im Absatz einschlägiger

Halb- und Fertigerzeugnisse

nachweisen können und sich intensiv betätigen wollen. Ausführliche Anerbieten mit Angaben über den bereits bearbeiteten Bezirk und die Art der Kundschaft wolle man an Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19 u. J.-W. 8451 richten. §218

Emil Neumann

Löhrstrasse 21

Einrahmung und Kunsthandel

Ständiges Lager in

gerahmten und ungerahmten Bildern u. Bilderleisten.

Für sofort wird gesucht ein tüchtiges, stenographiekundiges

Schreibmaschinen-Fräulein

Gefl. Angebote an die

Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei,

Brüderweg 1. §514